

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei fester Bestellung im Voraus für den Monat April 35.— Mk., im voraus zahlbar. Durch die Welt bezogen 22.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Strafband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 60.— Mk., für das übrige Ausland 87.— Mk.

Die schmalste Monarchistenkette oder deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Inzerentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Inzerentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 34

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Riesenkampf in der Metallindustrie

130 000 Arbeiter im Kampf

Stuttgart, den 5. April 1922.

Der Metallarbeiterverband teilt uns mit: Die Streikbewegung der Metallarbeiter in Bayern und Württemberg zugunsten der 46stündigen Wochenarbeitszeit sowie einer durchgreifenden Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Bestimmungen der Manteltarifverträge, hat durch den Schiedspruch für die Metallindustrie in Mannheim eine weitere Verschärfung erfahren. Auch hier wird den Arbeitern durch Schiedspruch eine Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen durch die Verlängerung der Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden zugemutet. Dieses Diktat haben die Arbeiter mit Recht abgelehnt, so daß nunmehr auch in Mannheim rund 18 000 Metallarbeiter im Streik stehen. Insgesamt sind zurzeit einschließlich der streikenden Metallarbeiter in die Bewegung einbezogen, ein erheblicher Teil von ihnen ist durch Gegenmaßnahmen der Unternehmer ausgesperrt.

Auch im Industriegebiet Frankfurt a. M. ist mit dem Ausbruch einer Streikbewegung aus den gleichen Ursachen zu rechnen. Da nicht abzusehen ist, wann diese Bewegungen günstig für die Arbeiter beendet werden können und zu welchen Gegenmaßnahmen die Unternehmerorganisationen noch greifen werden, so hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, um gegen alle Eventualitäten gerüstet zu sein, die Erhebung von Extrabeiträgen in Höhe des doppelten Wochenbeitrages beschlossen und dies den Verbandsmitgliedern durch ein kurzes auflärendes Flugblatt bekanntgegeben.

Um Großes geht der Kampf in Süddeutschland. Aus dem bisherigen Verhalten der Unternehmer muß der Schluß gezogen werden, daß, wenn ihnen die Besetzung der 46stündigen Wochenarbeitszeit gelingt, dann auch die Bahn frei ist für die Aufhebung des Achtstundentages. Das darf nimmermehr sein. Ein unantastbares, wertvolles Gut ist der Achtstundentag und der mit der 46-Stundenwoche verbundene freie Sonntagabendnachmittag. Die kräftige Zurückweisung der Ansprüche des vereinigten Unternehmertums ist daher im allgemeinen Arbeiterinteresse geboten. Es gilt, dem vereinigten Unternehmertum die Geschlossenheit und Opferwilligkeit der Arbeiterschaft entgegenzustellen, um einen der größten und bedeutungsvollsten Kämpfe in der deutschen Metallindustrie erfolgreich zu Ende zu führen.

Monarchistische Kundgebungen in Wien

Wien, 6. April.

Heute vormittag 9 Uhr zelebrierte Erzbischof Piffel im Stefansdom ein feierliches Requiem für den Eiskaiser Karl. Dem Gottesdienst wohnten u. a. Bundeskanzler Schöber mit fünf Mitgliedern der Regierung bei. Im Oratorium sah man zahlreiche frühere Staats- und Hofwürdenträger. Die Kirche, die Tausende von Personen saß, war derart überfüllt, daß schon lange vor Beginn der Messe Hunderte von offiziellen Persönlichkeiten keinen Einlaß mehr finden konnten. Die Christlich-Soziale Vereinigung des Nationalrates war vollzählig erschienen. Der Andrang war so groß, daß die Polizei schon um 8.30 Uhr den Zugang sperren mußte.

Nach dem Requiem strömte das Publikum auf den Stefansplatz. Pöflich hörte man unweit der Kirche Hochrufe. Dort stand eine Gruppe schwarzgekleideter Monarchisten, welche nach den Hochrufen die Volkshymne anstimmten, die das Publikum entzweitelt Hauptes mitsang. An den Fenstern der anliegenden Häuser winkte man mit Fähnchen, und man konnte sehen, daß auch die Personen an den Fenstern mitsangen. Singend bildeten die jungen Leute eine Kette und zogen gegen den Graben. Das Publikum folgte ihnen. Der Zug bewegte sich über den Graben. Inzwischen hörte man Rufe gegen die Republik: „Gott Kaiser Otto! Gott die Monarchie!“

Dann ging es zum Ministerium des Innern. Dort wurden sie von der Polizei auseinandergetrieben. Die Führer der Manifestation versprachen, daß sie die Demonstranten beim Burgtheater versammeln würden. Auf dieses Versprechen hin sah die Polizei von weiterem Eingreifen ab. Die Demonstranten hielten aber ihr Versprechen nicht ein, sondern zogen vor das Parlament, wo sie vor der Rampe Aufstellung nahmen, wieder unter Abhängen der Volkshymne und unter Rufen gegen die Republik. Der Führer hielt eine Ansprache, in der er ausführte, daß die

heutige Manifestation eine Trauerkundgebung sei, und auch als solche von den Demonstranten aufgeführt werden solle. Man möge eine Deputation wählen, die vom Nationalrat die letzte Ehrung für den Kaiser fordern solle. Es müge eine Kundgebung des Nationalrates veranstaltet und die Flaggen vor dem Parlamentsgebäude auf Halbmast gehißt werden. Die Monarchisten forderten auch die Einholung der Leiche und deren Beisetzung in Oesterreich.

Es wurde eine Deputation gewählt, während diese sich in das Parlament begab, räumte die Wache den Platz vor dem Parlament. Die abgedrängten Monarchisten zogen hierauf in die Bankgasse, um vor dem ungarischen Gesandtschaftsgebäude zu demonstrieren. Dies gelang jedoch nicht, da die Bankgasse vollständig von Polizei abgesperrt war. Es bildeten sich noch einige Gruppen in der Ringstraße, die von der Wache zurückgedrängt wurden. Die Deputation wurde von dem Präsidenten Weiskirchner empfangen, der ihnen auf ihre Forderung erklärte, er könne ihr Anliegen nicht erfüllen, da der Nationalrat beschlossen hätte, von einer Trauerkundgebung abzusehen. Aus diesem Grunde lösten auch die Flaggen vor dem Parlamentsgebäude nicht auf Halbmast gehißt werden.

Die Nachricht scheint bezüglich der „großen“ Beteiligung der Bevölkerung stark übertrieben zu sein. Der verstorbene Erzkaifer Karl hatte in Oesterreich, besonders aber in Wien, keinen stärkeren Anhang mehr. Lediglich unter den Christlichsozialen gab es einige unentwegte monarchistische Schreier. Diese haben auch die Demonstranten gestellt. Die Arbeiterschaft Oesterreichs, die treu auf der Wacht steht, bürgt durch ihre geschlossenere Front dafür, daß der Spuk um einen Toten schnell zerflattert wird. Die Sozialdemokraten beabsichtigen, in einer Interpellation gegen die Teilnahme des Bundeskanzlers und der Minister an dem Trauergottesdienst Einspruch zu erheben.

Die ungarische Königsgefahr

U. R. Der plötzliche Tod Karls von Habsburg hat, weit entfernt davon, eine politische Entspannung mit sich zu bringen, die Gefahr einer habsburgischen Restauration in Ungarn und damit die Gefährdung des Friedens in Mitteleuropa wieder in unmittelbare Nähe gerückt. Während nämlich bisher ein Gegensatz im Lager der ungarischen Monarchisten zwischen den Anhängern Karls und denen Horthys bestand, bereitet sich nunmehr, wie alle aus Ungarn kommenden Nachrichten erkennen lassen, eine Einigung zwischen den beiden Gruppen vor, in dem Sinne, daß der älteste Sohn des verstorbenen Erzkaifers als Otto II. auf den ungarischen Thron erhoben werden soll.

Wenn auch der Ministerpräsident Bethlen nach außen hin den Schein der Popularität zu wahren bemüht ist, treibt er doch ein abgekartetes Spiel mit den Reaktivisten und die einzige Meinungsverschiedenheit zwischen diesen und dem Regierungslager besteht darin, daß die ausgesprochenen Legitimisten (Andrassy-Apponyi-Friedrichsgruppe) bis zur Großjährigkeit Ottos eine Regentschaft der Erzkaigin Zita wünschen, während die in der Regierungspartei vereinigten verkappten Legitimisten die provisorische Regentschaft Horthys überlassen wollen.

Dieser Gegensatz ist jedoch nicht unüberbrückbar und es dürfte deshalb schon in der nächsten Zeit der ernsteste Versuch gemacht werden gegen den ausgesprochenen Willen des ungarischen Volkes wie der Nachbarstaaten Ungarns, Otto auf den Thron zu erheben.

Zita darf nach Ungarn zurück

Wien, Budapest, 6. April.

Infolge eines Vermittlungsschrittes des Kardinal-Bischofs primas Cernoch beim Ministerpräsidenten Grafen Bethlen läßt die Regierung mitteilen, daß sie gegen die Rückkehr der Erzkaigin Zita und des Erzherzogs nichts einzumenden habe, im übrigen aber an der bisher in der Königsfrage verfolgten Politik festzuhalten gesehen sei.

Wenn sich diese Meldung bestätigt — woran nach dem bisherigen Verhalten der Horthysregierung kein Zweifel ist, — dann bedeutet diese Maßnahme die offene Vorbereitung für die Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn.

Protest der Kleinen Entente

Prag, 6. April.

Die Vertreter der Kleinen Entente in Budapest überreichen gestern der ungarischen Regierung eine Note, die eine scharfe Kundgebung gegen die Rückkehr der Erzkaiferin Zita und ihrer Familie auf ungarischem Boden darstellt. Wie verlautet, soll auch die Große Entente sich dieser Kundgebung anschließen.

Eine Nachlese

Von R. Kautsky.

Mein Offener Brief an die Zentralleitung der U.S.P. hat in deren Presse keine günstige Beurteilung gefunden. Selbst mir nahestehende Blätter nannten meine Beurteilung der Zentralleitung ungerecht und einseitig.

Da bin ich dem Genossen Crispian sehr dankbar, daß er ebenfalls gegen mich das Wort ergriff, um daran zu erinnern, daß ich die Beschlüsse des Görlitzer Parteitages scharf kritisierte, die das Werk der Einigung hemmten. Das bezeugt doch deutlich, daß ich ohne Unterschied der Partei jedes Tun verurteile, das geeignet erscheint, die Einigung der deutschen Sozialdemokraten zu erschweren. Ich habe die Beschlüsse von Görlitz aufs tiefste bedauert, weil ich befürchtete, sie könnten die Entwicklung der Mehrheitssozialisten auf falsche Bahnen lenken und weil sie die der Einigung günstige Stimmung eines erheblichen Teils der U.S.P. sehr abflauen ließen.

Aber — das hat Crispian vergessen — deswegen gab ich die Sache der Einigung nicht verloren. Da Crispian einmal meinen Artikel über den Görlitzer Parteitag zitiert hat, sei noch an dessen Schlusssatz erinnert. Ich sagte dort:

„Damit ist die Einigung noch nicht erschlagen. Sie ist eine historische Notwendigkeit geworden und daher wird sie sich durchsetzen... Dabei wird die Situation selbst trotz des Widerstrebens einzelner Führer, die von der Einigung eine Verminderung ihres Einflusses fürchten, immer mehr gemeinsame Aktionen der getrennten Parteien erzwingen, und so wird sich die Einigung schließlich durchsetzen, trotz alledem.“

Jedoch leider nicht so schnell, wie im Interesse stürkster proletarischer Machterhaltung zu wünschen wäre. Es scheint Elemente zu geben, die zur Einigung geprägt werden müssen. Die bisherigen Tüde, die die Reaktion aussteltet, genügen ihnen offenbar noch nicht.“

Von meinem Artikel, auf den sich Crispian beruft, erscheint mir gerade jetzt dieser Passus der bemerkenswerteste. Er bekommt eine eigenartige Beleuchtung durch ein Schreiben, in dem Genosse Ledebour an der Denkschrift der Redaktion der „Freiheit“ Kritik übt. Er sagt dort unter anderem:

„Dilberding macht kein Hehl daraus, daß er als „praktischer Politiker“ eine schnelle Einigung mit den Rechtssozialisten ins Auge faßt, während die Partei als solche und als Zentralkomitee in verschiedenen Kundgebungen mit aller Entschiedenheit sich zu der Einigung des Proletariats auf dem Wege des proletarischen Klassenkampfes bekannt haben.“

Ledebour zeigt nicht weiter, wie dieser Weg aussehen soll, aber eines ist klar: Die schnelle Einigung ist es nicht. Das will Ledebour nicht — das spricht er mit dürren Worten aus und gibt damit die beste Bestätigung dafür, daß meine Anklage nicht ungerecht ist. Er darf es nicht wagen, sie direkt abzulehnen, aber wenigstens Genosse Ledebour schiebt sie ins Unabsehbare hinaus, indem er sie auf den „Weg des proletarischen Klassenkampfes“ vertritt.

Wie dieser Weg in der Praxis aussehen würde, sagt uns Genosse Ledebour selbst an einer anderen Stelle seines Schreibens, wo er die Politik entwickelt, man müsse das Ministerium Birth stürzen und zu einer Reichstagsauflösung greifen, die eine sozialistische Mehrheit im neuen Parlament ergeben müßte. Wenn aber diese Rechnung fehl geht, wenn die Sozialisten in der Minderheit bleiben, wie das bei einer derartigen Politik äußerst wahrscheinlich ist, was dann? Alles auf die eine Karte eines höchst unwahrscheinlichen Sieges setzen, heißt Ludendorffsche Kasardepolitik treiben. Wir würden dadurch den Helferrich und Herat in den Sattel helfen. Die würden uns Einigkeit einbläuen.

Aber ich denke, es wäre würdiger und nützlicher, wenn wir uns vorher einigten, um die Reaktion nicht wieder obenauf kommen zu lassen.

Nach dem Gesagten liegt klar zutage, wo die wirklichen Gegner der Einigung heute zu finden sind. Die Zentralleitung und ihre Freunde erklären freilich, diese Gegner seien die Mehrheitssozialisten. Diese machten jede Einigung unmbglich durch ihre Koalitionspolitik und ihre Steuerkompromisse. Aber die Sache liegt umgekehrt: der wahre Gegner der Einigung ist nicht derjenige, der sie ablehnt, solange die Gegenseite in der Frage der Koalitionspolitik und der Steuerpolitik anderer Meinung ist, als er selbst.

Wer die Einigung davon abhängig macht, daß in diesen Fragen völlige Uebereinstimmung herrscht, vertagt die Einigung auf den St. Nimmerleinstag. Denn in

solchen Fragen wird es immer Differenzen innerhalb des sozialistischen Proletariats geben.

Die Einigung ist nicht durch völlige Übereinstimmung in diesen Punkten zu erreichen, sondern nur dadurch, daß man die geeinigte Partei in einer Weise organisiert, daß in ihr Platz ist für Gegner und Anhänger der Koalition, für Gegner und Anhänger des Steuerkompromisses und ähnlicher Erscheinungen. Welche der beiden Auffassungen dann wirklich befolgt wird, hängt davon ab, welche von ihnen die Mehrheit findet. Aber die Propagierung der einen wie der anderen Auffassung innerhalb der Partei muß möglich sein.

Wer die Partei nicht auf so breiter Grundlage konstituiert sehen will, der ist der wirkliche Gegner der Einigung. Es gibt solche rechts wie links. Aber augenblicklich ist der Unterschied der, daß die von rechts, die Cunow und Krüger, nicht die Partei leiten, während sie in der U.S.P. den Zentralapparat in der Hand haben.

Daß die Zentralleitung der U.S.P. selbst nicht die Einigung des gesamten sozialdemokratischen Proletariats ins Auge faßt, hat sie durch den Aufruf bewiesen, in dem sie das Kommen der K.O.G. begrüßte. Sie richtet dort den Appell an alle christlich revolutionären Klassenossen in der rechtssozialistischen Partei... in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands einzutreten.

Das ist das Gegenteil der Einigung, das ist ein Aufruf zur Zerstückelung der rechtssozialistischen Partei. Dieser Aufruf vor allem war es, der mir die Feder zu meinem empörtten Protest in die Hand drückte. Man hat darüber gespöttelt, daß ich derartige ernst nehme. Sollten die Aufrufe der Zentralleitung wirklich nur hegerische Hosten sein ohne ernsthaften Hintergrund, dann allerdings hätte ich ihr in diesem Punkte Unrecht getan und bitte sie um Verzeihung.

Daß ich den Aufruf der Zentralleitung als eine wohl überlegte Kundgebung ansah, hinter der der feste Wille stand, ihren Inhalt durchzusetzen, war der eine Umstand, der der Sprache meines Briefes ihre Schärfe gab.

Der andere lag in dem zeitlichen Zusammentreffen der Wiederaufnahme der K.O.G. mit dem Konflikt der Redaktion der „Freiheit“. Im gleichen Moment stimmt die Zentralleitung einen Lobgesang an auf Männer, von denen sie eben noch beschimpft und herabgesehen worden war, die Braß, Däumig, Adolf Hoffmann usw. und enthebt diejenigen Männer von ihren Funktionen, die zum Ansehen der U.S.P. am meisten beigetragen und in den schwersten Stunden ihre Fahne getragen haben. Der bisherige Redaktion der „Freiheit“ ist die U.S.P. zu größtem Dank verpflichtet. Denn ohne dieses Gegengewicht der Redaktion gegen die Zentralleitung wäre das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit erheblich gemindert.

Neben der Ungerechtigkeit meiner Angriffe, die ich bereits beleuchtet, und der Schärfe meiner Sprache, die ich eben erklärt habe, warf man mir auch vor, daß ich meinen Offenen Brief im „Vorwärts“ veröffentlicht habe. Nun, meine Absicht war ja, ihn in der „Freiheit“ zum Ausdruck zu bringen. Sie wies ihn ab, ich hatte keine Aussicht auf mehr Glück bei einem anderen Organ der U.S.P. So ging ich zum „Vorwärts“. Und ich sehe darin auch heute noch kein Verbrechen.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Interesse des Proletariats die sofortige Einigung verlangt und daß zwischen SPD. und U.S.P. keine Differenzen mehr vorhanden sind, die groß genug wären, um eine Fortdauer der Spaltung zu rechtfertigen.

Von dieser Überzeugung aus, stehe ich beiden Parteien gleich nahe, kann ich mit jeder von ihnen für die große, gemeinsame Sache wirken. Wohl gibt es Mitglieder der SPD., deren Anschauungen in schroffstem Gegensatz zu den meinen stehen — und gegen solche Mitglieder, nicht gegen die ganze SPD., richtet sich der größte Teil meiner eingangs erörterten Ausführungen über Börsis. Auf der anderen Seite gibt es nicht wenige Mitglieder der SPD., die mir sachlich weit näher stehen, als etwa die Zentralleitung der U.S.P. Eine scharfe Trennungslinie zwischen den beiden Parteien einzubalten, ist mir daher nicht mehr möglich. Und es scheint mir, daß eine allgemeine Genehmigung an diese Praxis der einzige Weg sein wird, die Einigung herbeizuführen. Wenn der Partikularismus der Führer sich als ein Hindernis dessen erweist, was dringend notwendig ist für die Gesamtheit, dann bleibt nichts übrig, als der Einigung der Organisationen voranzutreiben durch die praktische Einigung auf dem Wege gemeinsamer Zusammenarbeit der Genossen beider sozialdemokratischen Parteien zu gemeinsamen Zwecken.

Ich erwarte, daß die Einigung zu den vielen welt-historischen Fortschritten gehört, die sich vollziehen über die Köpfe der offiziellen Führer hinweg.

Die gereizten Historiker

Zeitungsmitteilungen zufolge hat eine Versammlung belgischer Historiker beschlossen, 1928 einen Internationalen Historiker-Kongress in Brüssel abzuhalten. Die englischen Historiker waren der Ansicht, es sollten dazu auch die Historiker der Mittelmächte eingeladen werden. Der belgische Vorsitzende aber, der Historiker Pirenne, erklärte es für unmöglich, die Deutschen an einem Kongress teilnehmen zu lassen, auf dem die Grundlagen für die Geschichte des Weltkrieges festgelegt werden würden; überdies würde die Ankunft deutscher Historiker in Brüssel die Deffentlichkeit in gefährlicher Weise aufreizen. Nach einer Davos-Meldung sollen die Engländer diesen Einwendungen Gehör geschenkt haben, so daß von einer Einladung der Deutschen Abstand genommen werden wird.

Es ist in der Regel sehr schlimm, wenn Professoren in die Politik eingreifen; wir brauchen nur an den Aufruf der 93 deutschen Professoren während des Krieges und an die tölpelhaften Äußerungen deutscher Geschichtswissenschaftler wie Freitag-Loringhonen zu erinnern. Ähnlich tölpelhaft und von der eigentlichen hohen Aufgabe des Wissenschaftlers,

die reine Wahrheit zu suchen, weltweit entfernt ist das Benehmen der belgischen und englischen Historiker. Wenn auch deren Vorgehen seine Erklärung in dem nationalistischen und unwissenschaftlichen Verhalten vieler deutscher Professoren finden kann, so müssen es doch merkwürdige Grundlagen einer Geschichtsforschung sein, deren Feststellung von persönlichen Antipathien beeinflusst wird! Die deutschen Professoren des Ober Aufrufs und die gereizten belgischen Historiker sind einander würdig.

Bierbankpolitiker als Richter

Das Landgericht Breslau hat gegen den Chefredakteur eines kleinen deutschnationalen Blattes ein Urteil gefällt, das wieder einmal den Zustand unserer heutigen Justiz beleuchtet, und zwar so grell, wie es bisher kaum der Fall war. Der Tatbestand ist folgender:

Der Chefredakteur Goitsch hatte in der „Schlesischen Tagespost“, einem kleinen deutschnationalen Blatte, in Verteidigung des irregulären Selbstschusses dem preussischen Minister des Innern Severing vorgeworfen, daß er „selbstfertig, ja, gewissenlos arbeite.“ Vom Schöffengericht Breslau war Goitsch zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Breslau führte der Verteidiger des Angeklagten aus, daß Goitsch nur eine in politischen Kreisen bereits feststehende Meinung über Severing zum Ausdruck gebracht und nur die Wahrheit ausgesprochen habe. Der Gerichtshof folgte, wie wenigstens die „Schlesische Tagespost“ schreibt, in der Urteilsbegründung im wesentlichen den Ausführungen des Verteidigers und sprach den Angeklagten frei. Die Kosten beider Instanzen wurden der Staatskasse auferlegt.

Die Streiche, die sich gewisse von der Republik ausgehaltene Juristen leisten, werden von Tag zu Tag toller. Jetzt entscheiden sich die Richter, die, wie ihre Tätigkeit beweist, von Politik keinen Schimmer haben, welche öffentliche Meinung über die Tätigkeit eines Ministers zu herrschen hat! Nach dem normalen Rechtsempfinden des durch juristischen Studium nicht verdorbenen Menschen müßte diese Handlung des Gerichts ausreichen, solche Richter von ihrem Platze zu entfernen, die statt Rechtsprechung deutsch-nationale Bierbankpolitik betreiben und sich trotzdem nicht schämen, dafür von der so sehr verachteten Republik Gehalt zu beziehen.

Es wird nötig sein, im Landtage den Justizminister darüber zu befragen, ob er nicht im Wege des Disziplinarverfahrens dafür sorgen will, daß die preussischen Richter ihre Pflicht erfüllen, nämlich die Ehre und die Tätigkeit der verfassungsmäßigen Regierungsorgane gegen deutsch-nationale Schmierfinken zu schützen. Aus dem ganzen Milieu dieser Gerichtsverhandlung geht hervor, daß die „politischen Kreise“, deren angeblich „feststehende Meinung“ über Severing das Blatt zum Ausdruck gebracht hat, nur die deutsch-nationale Skandalpolitik sein können. Unvergleichlicher, als es in diesem Falle geschehen ist, können preussische Richter wahrhaftig nicht dastehen, daß sie sich in ihrem Amte lediglich als Beauftragte der deutschnationalen Volkspartei betrachten.

Polizei oder Brot?

Eine neue Schuponot.

Die Reichsregierung hat an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkommission eine neue Note gerichtet, als Antwort auf die Note des Generals Nollet vom 23. März. In dieser Note wurde verlangt, hinsichtlich der Zusagen zu geben, daß die Schutzpolizei auf den Stand der polizeilichen Organisation von 1913 zurückgeführt und ihres militärischen Charakters restlos entkleidet werde. Die Umstellung der Polizei nach den von der Interalliierten Kommission genannten Richtlinien sollte schnellstens in Angriff genommen und die Interalliierte Kommission bis zum 25. Mai über die zur Umstellung der Polizei getroffenen Maßnahmen unterrichtet werden.

Die deutsche Regierung weist in ihrer Antwort darauf hin, daß es notwendig sei, die von ihr wiederholt gegebene Darstellung über die schwierige Lage Deutschlands einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und dabei die schweren inneren Gefahren zu berücksichtigen, die für Deutschland aus einer Schwächung der Schutzpolizei entstehen müßten. Die Reichsregierung glaubt, daß die alliierten Regierungen sich bereit finden werden zu einer Verständigung auf Grundlage der von der deutschen Regierung in ihrem Schreiben vom 15. März gemachten Vorschläge. In diesem Schreiben hatte die deutsche Regierung dargelegt, daß eine Befreiung der festen Verbände zu einer Gefahr für den Staat werden könnte, da die nur lose und rein örtlich organisierten Polizeikörper nicht mehr über jene Beweglichkeit verfügten, die notwendig sei zur Abwehr größerer Unruhen.

Die deutsche Regierung glaubt aus der Note des Generals Nollet vom 23. März das Jugendstadium zu entnehmen, die Organisation der Polizei den seit 1913 eingetretenen veränderten Verhältnissen anzupassen. Unter dieser Voraussetzung erklärt sich die deutsche Regierung bereit, den Zustand von 1913 als Grundlage für die Organisation der Polizei anzuerkennen.

Zu dieser Note ist zu sagen, daß die deutsche Regierung allzu stark dem überlebten Phantom nachhakt, als könne eine gute Polizei auf die Dauer den Staat vor wirtschaftlichen Erschütterungen bewahren. Das ist ein Standpunkt, der durchaus an den alten Obrigkeitstaat erinnert, mit den durch die Revolution geschaffenen neuen Verhältnissen aber nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Die rechtssozialistische Abgeordnete Frau Pfülf hat am Mittwoch im Reichstag ganz richtig ausgeführt, daß der Ruf nach Polizei noch kein Volk stiller gemacht habe, so wenig, wie die Schuponot ein Volk zu staatsbürgerlicher Gesinnung erziehen könne.

Diese Selbstverständlichkeit ist leider auch den regierenden Männern der Nachkriegszeit fremd geblieben. Die Macht der Verhältnisse wird aber noch lehren, daß weder Polizei noch Militär den Hunger der Massen stillen können. Kommt es zu Explosionen, dann trifft die Schuld dafür den Staat und die regierenden Parteien, die statt dem Bucher und der Ausbeutung der Massen entgegen zu arbeiten, den egoistischen Trieben der Produzenten freien Spielraum gelassen haben. Dann wird sich auch zeigen, daß der Staat am ehesten vor Erschütterungen bewahrt bleibt, der den Massen das meiste Brot gibt und die geringste Polizei unterhält.

Eine demokratische Entse

oder: Die Sehnsucht nach den Ministeresseln.

Das „Berliner Tageblatt“ brachte in seiner Donnerstag-Abendausgabe eine Meldung seines Dresdener Korrespondenten, nach der in Sachsen eine Regierungskrise eingetreten sei. Die Meldung behauptet, daß in der Mittwochsung der Etat des Justizministeriums abgelehnt worden sei. An dieser Mitteilung ist soviel richtig, daß die Kommunisten im Verein mit den Bürgerlichen den Etat des Ministeriums abgelehnt haben; gegen das Gehalt des Ministers haben die Kommunisten — wie sie in einer besonderen Erklärung sofort festgesetzt haben — nur verzehe n t l i c h gestimmt.

Daraus geht klar hervor, daß die Kommunisten zwar eine ablehnende Haltung gegen die Justizverhältnisse an sich kundgeben wollten, daß aber die Absicht, die Regierung zu stürzen, nicht bestand. Wenn nun das „Berliner Tageblatt“ von demokratischen Anregungen berichtet, die Regierung abzubauen, weil die parlamentarische Situation dazu zwingt, so ist hier nur ein sehr durchsichtiger Wunsch der Vater des Gedankens. Der bürgerlichen Gesellschaft ist die sozialistische Regierung ein Dorn im Auge und es ist den Herrschenden auch das politische sehr dunkle Mittel falscher Berichterstattung dazu recht.

Preussischer Landtag

Donnerstag, den 6. April.

Zur zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung des Allgemeinen Berggesetzes hatten unsere Genossen einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß neun Zehntel der über tausend ausgegebenen Ruxe dem preussischen Staate zufallen sollen.

Abg. Otter-Vochum (U.S.P.): Die Aenderung des § 101 des Berggesetzes ist für die künftige Kohlenwirtschaft von weittragender Bedeutung. Die Regierung will mit dem Entwurf der Ueberfremdung vorbeugen. Das Gegenteil wird nach dem Inkrafttreten des Entwurfs eintreten. Die Ruxenteilung ist weiter nichts als eine Kapitalverwässerung. Hierzu hält die Regierung den Kapitalisten den Steigbügel. Die Sozialwut an der Börse hat ungeahnten Umfang angenommen. Die Kurse der Ruxen gingen wild in die Höhe. In der letzten Märzwoche 1922 haben sich die Kurse der Gewerkschaften Graf Schwerin um 75 000 Mark, Graf Bismarck um 50 000 Mark, Ewald um 100 000 Mark, König Ludwig um 300 000 Mark gehiebert. (Hört! Hört! links.) Die Wertsteigerung von 20 regelmäßig notierten Kohlenkurzen betrug im Jahre 1921 265%. Der Wert der Ruxe dieser Gewerkschaften betrug am Jahresabschluss 1921 nicht weniger als 5 Milliarden 177 Millionen Mark. Im Kaliberbau liegen die Dinge ähnlich. 79 Kaliberwerkschaften haben im Jahre 1921 eine Wertsteigerung um 200% erfahren. Der Wert dieser Kaliberwerkschaften betrug am Jahresabschluss 1921 5 Milliarden 783 Millionen 800 000 Mark. Dieselben Gewerkschaften notierten am 31. März 1922 9 Milliarden 216 Millionen Mark. In den drei Monaten also eine Wertsteigerung von 59,3%. Die Regierung behauptet, daß sie der überhandnehmenden Ueberfremdung

entgegenarbeiten müsse. Aber die Kapitalisten wünschen geradezu ein solche. Die Mannesmannröhrenwerke haben dem französischen Kapital 60% Einfluß eingeräumt. Die Phoenix-Ärzten wurden nach Holland verschoben. Man fürchtet eben die Sozialisierung und holt das fremde Kapital herein. Der Redner verliest u. a. ein Interat aus der „Deutschen Bergwerkszeitung“, in dem es bei einem Kapitalgesuch ausdrücklich heißt: „Ausländer bevorzugt!“ Um aber einer Ueberfremdung vorzubeugen, verlangen wir in Anbetracht der katastrophalen Entwicklung der Staatsfinanzen, daß neun Zehntel der über tausend ausgegebenen Bergwerkskurzen dem Staate zufallen. Es bewegt sich diese Forderung in der Richtung der Erfassung der Sach- und Goldwerte. Ich frage die Staatsregierung, was sie endlich zu tun gedenkt, um an der Ausbeutung der gewaltigen Naturschätze teilzunehmen, die jetzt lebhaft vom Privatkapital ausgebeutet werden. Wir werden dem Gesetzentwurf nur zustimmen, wenn unser Antrag berücksichtigt wird (Beifall bei der U.S.P.)

Abg. Dr. v. Baldufen (Din.): Wenn die Mannesmannwerke überfremdet wurden, so geschah es unter dem Druck der französischen Gewalttätigkeit und nicht aus eigener Initiative. Annoncen, wie die, die der Abg. Otter verlesen hat, sind Einzelerscheinungen. Wenn der Antrag leid durchgehen würde, hätte kein Kapitalist ein Interesse daran, die Zahl der Ruxen über tausend zu erhöhen (1).

Nach Ablehnung des Antrags wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Keine Bestrafung der Schlemmerei

Der Reichsrat hielt am Donnerstag abend unter Vorsitz des Staatssekretärs Jbel eine öffentliche Sitzung ab. Der Antrag Bayerns, betreffend den Entwurf eines Gesetzes gegen Schlemmerei, wurde abgelehnt. Nach den Erfahrungen der Buchergesetzgebung könne man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß bei der Dehnbarkeit des Begriffes der Schlemmerei die eigentlichen Schlemmer durch Mittel und Wege die Strofen umgehen würden. Die 14 neuen Steuerergänze mit dem Mantelgesetz und dem Branntweinmonopolgesetz wurden in der Fassung des Reichstags angenommen. Angenommen wurde ferner der Gesetzentwurf über die Verteilung des Gewinns der Reichsbank und der neue Besoldungstat für die Reichsbankbeamten, sowie der neue Bankhaushalt. So werden unter anderem 287 neue Stellen geschaffen, auch 6 neue Reichsbankbeamte. Der Gratifikationspunkt soll eine wesentliche Erhöhung erfahren.

Gegen den auf Grund eines Initiativantrages fast aller Parteien des Reichstags am Mittwoch angenommenen Gesetzentwurf über Erhöhung der Unterstützung der Sozialrentner erhob der Reichsrat Einspruch. Es soll versucht werden, mit dem Reichstag zu einer Einigung zu kommen.

Deutscher Reichstag

Donnerstag, den 6. April.

Präsident Eiche eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Minuten. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Einflüsse wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen. Ebenso ein Gesetzentwurf betreffend Sozialversicherung in Ansehung des Saargebietes. Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Aenderung der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft erklärt Abg. Bontherr (USP.), daß die Unabhängige Partei dieses Gesetz ablehne, da es eine völlige Aufhebung der letzten Reste der Zwangswirtschaft bedeute. Das Gesetz wird ohne weitere Debatte angenommen. Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzes über die

Heranziehung der Frauen zum Schöffens- und Geschworenennamt.

Abg. Frau Kames (USP.): Wir Unabhängigen Sozialdemokraten sind stets für die Gleichberechtigung der Geschlechter eingetreten. Früher sind sogar die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für die Gleichberechtigung eingetreten. Heute, wo es an die Verwirklichung gehen soll, fallen sie bei der ersten besten Gelegenheit um. Ebenso wie gegen diesen Antrag, muß ich mich gegen den Antrag Bergt wenden, der verlangt, daß von den 12 — ich glaube, es sind 12 — Geschworenen sieben Männer sein müssen. Auch in diesem Antrag liegt eine gewisse Mißachtung gegenüber den Frauen. Wir lehnen ihn ab. Wir müssen uns auch dagegen wenden, daß man das Ablehnungsrecht der Frauen geschlechtstheoretisch will. Doch trotz alledem: der Gedanke der Gleichberechtigung der Frau marшиert! Auch in der gegenwärtigen Vorlage macht das Recht der Frau einen Schritt voran. Aus diesem Grunde werden wir für das Gesetz stimmen. Den Frauen aber möchte ich zurufen, sich das Gesetz einen Ansporn sein zu lassen, den Kampf für die volle Gleichberechtigung der Frauen auf der ganzen Linie mit allen Kräften weiterzuführen. (Beifall bei der USP.)

Abg. Kohl (DVP.): Ich lehne den Entwurf ab. Nicht aus Mißachtung gegenüber den Frauen, sondern aus dem innersten Grunde, daß die Berechtigung und Verschönerung derjenigen Eigenarten, die der Frau von der Natur aufgedrückt sind.

Reichsjustizminister Madbrun: Es scheint mir vor allem fraglich, ob es möglich sein wird, Frauenhöfen in genügendem Maße zur Verfügung zu haben. Von diesem Gesichtspunkte aus muß man auch den Antrag, daß mindestens ein Schöffe ein Mann sein muß, betrachten. Der Kollege Kames möchte ich sagen, daß mit dem Ablehnungsrecht nichts anderes herbeigeführt werden soll, als den Frauen das Schöffens- und Geschworenennamt nicht geradezu aufzuheben. Würden wir das tun, würden wir dieses Amt geradezu erschüttern.

Abg. Herzfeld (SPD.) weist die Auffassung des Abgeordneten Kohl zurück, daß die Heranziehung der Frauen zum Schöffens- und Geschworenennamt sich aus der Verfassung nicht herleiten lasse. — Abg. Frau Wadwig (KPD.) wendet sich ebenfalls gegen Kohl und tritt warm für die volle Gleichberechtigung der Frauen ein.

Damit ist die Debatte erledigt. — Der Antrag Bergt wird abgelehnt, die übrigen Änderungsanträge angenommen. — In der Gesamtabstimmung erklärt der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung zur Annahme.

Darauf tritt das Haus in die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über ein vorläufiges Handelsvertrags zwischen Jugoslawien und dem Deutschen Reich ein. Abg. Stöder (SPD.) protestiert bei dieser Gelegenheit gegen die politischen Verfolgungen des Protektariats in Serbien. — Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Gesetz des Reichsministeriums des Innern.

Frau Abg. Dransfeld (Ztr.) gibt in längerer Vorlesung ihre Auffassung über den Schutz der unehelichen Kinder und unehelichen Mütter zum Wesen. Sie will von einer „mechanischen Gleichstellung“ der unehelichen Mütter und Kinder mit den ehelichen nichts wissen. Für Beamtinnen könne der Staat nicht Gleichstellung der Unverheirateten mit Verheirateten zugehen. Selbst die Beamtinnen wollen nichts von Recht der unehelichen Mütter wissen.

Abg. Frau Müller-Ottfried (Dem.): Ich für meinen Teil halte es für wünschenswert, daß nicht nur gegen die Frauen, sondern auch gegen die Männer vorzunahegen wird, die unehelich zeugen. In den Kreisen meiner Parteifreunde wird erwohnen, ob nicht gegen Beamte, die unehelich zeugen haben, ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden und solches als ein Grund zur Entlassung angesehen werden soll. Wir stehen gewiß der unehelichen Mutter mit dem Gefühl der Menschlichkeit gegenüber. Aber hier handelt es sich um die Anerkennung eines Grundgesetzes, der zur Rettung der Ehe führen muß.

Abg. Frau Schroeder (SPD.): Die beiden Damen, die hier gesprochen haben, sind nicht ehrlich genug gewesen, die unehelichen Mütter einfach zu verdammen. Wenn man die bürgerlichen Damen hört, könnte es klagen, als wenn die Frauen, die wir hier vertreten, Dirnen seien. Es handelt sich doch darum, die unehelichen Kinder sind da, die unehelichen Mütter auch, sie müssen vor dem Verhungern geschützt, und es muß verhindert werden, daß sie hinabsinken in den Abgrund und die Achtung verlieren, die man vor der Mutter haben muß.

Abg. Frau Remig (USP.):

Wir verlangen, daß die Verfassung nicht mit Füßen getreten wird. Wir werden uns stets dagegen wenden, daß die uneheliche Mutter für eine Beamtin einen Grund zur Entlassung abgibt. Ein Grund zur Entlassung könnte nur sein, wenn die Beamtin als uneheliche Mutter nicht ihre Pflicht tut. Wenn man immer davon redet, eine Ehe muß auf Liebe beruhen sein, so frage ich: Ist es Liebe, wenn vor der Ehe gefragt wird: Was hast du, was bringst du mit? Es ist davon gesprochen worden, daß die Post- und Telegraphenbeamtinnen selbst verlangt haben, daß die uneheliche Mutter nicht Beamtin sein könnte. Die Berufsorganisationen haben etwas anderes an tun, als Gutachten darüber abzugeben, was sittlich und moralisch sein soll. Wenn man in solcher pharisäischen Weise gegen die unehelichen Mütter vorgeht, erreicht man nur, daß der § 28 des StrGB. noch öfter pervertiert wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Heilung der Hautkrankheiten und Hautunreinigkeiten

von H. Kori, Direktor des künstlichen Hörsensonnenbades „Artis“.

Viele Krankheiten sind die ureigenste Domäne der künstlichen Hörsensonne, weil hier nicht nur die indirekte Wirkung über Blut und Nervensystem, sondern besonders die direkte Wirkung auf die Haut als heilender Faktor in Erscheinung tritt! Teilweise geschieht dies durch die bakterienstörende Wirkung, wie z. B. bei der Warzflechte, die sofort nach der Anstehung bestrahlt, oft durch ein oder zwei Behandlungen geheilt wird. Bei anderen Krankheiten wird die Heilung dadurch erzielt, daß gewisse Moleküle eine Umhüllung des Hautgewebes eintritt. — Rötliche Flechten trocknen bereits nach ein oder zwei Bestrahlungen ein. Besonders Erfolge erzielt die Hörsensonne

Krise im Deutschen Beamtenbund

Streikfrage und Einheitsfront

Der dritte Bundestag des Deutschen Beamtenbundes steht unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Not, die auch die Beamten erfasst hat, und die Frage, welche Kampfmittel die Beamten anwenden können. Naturgemäß hat der Eisenbahnerstreik eine wesentliche Rolle gespielt; die Opposition gegen die Haltung des Bundesvorstandes in der Streikbewegung hat ansehnend sehr stark an Boden gewonnen. Deshalb darf man dem Ausgang dieser Tagung mit großer Spannung erwarten, da sie für die Zukunft der Beamtenbewegung von entscheidender Bedeutung ist.

Verhandlungsbericht

Im Berliner Lehrervereinshaus wurde am gestrigen Donnerstag der 3. Bundestag des Deutschen Beamtenbundes eröffnet. Zum Vorsitzenden der Verhandlungen wurde Dietrich Kassel gewählt. Der erste Bundesvorsitzende Klügel stellte sich in einer programmatischen Erklärung auf den Standpunkt, daß die parteipolitisch neutrale Grundlage der Beamtenverbände und ihrer Spitzenorganisationen gewahrt bleiben müsse. Partei und Klassen seien trennend, der Beruf aber ein einendes Moment. In dem Klassenüberbrückenden Aufbau des Beamtenbundes sei unter Beibehaltung seines gewerkschaftlichen Charakters festzuhalten. Zur Frage des Beamtenstreiks erklärte Klügel, daß er eine fürchtbare Waffe sei, und kein Beamter würde mit Ausnahme des Juktandes der äußersten Notwehr zu diesem Kampfmittel greifen, denn jeder Beamtenstreik berge die Gefahr des Verlustes der Beamtengrundrechte in sich. Der sogenannte Verfassungsstreik könne nicht als Streik angesehen werden, denn wenn die Beamten, die den Eid auf die Verfassung geleistet haben, Angriffe auf diese Verfassung abwehren, dann würden sie nur eine sittliche und nationale Pflicht erfüllen.

Der Redner setzte sich des Weiteren für die unbedingte Erhaltung des Berufsbeamtenwesens ein. Das Besoldungssystem muß auf eine neue und gesunde Grundlage gestellt werden. Wo der Staat verliert, habe die wirtschaftliche Selbsthilfe einzusetzen. In der Wirtschaftspolitik werde der Beamtenbund stets das Allgemeininteresse der Privatinteressen voranzustellen.

Händler vom Bund technischer Angehörten und Beamten kritisierte es aus schärfster, teilweise unter lebhaftem Beifall der Delegierten, daß durch die Schuld des Beamtenbundes mit den freien Angehörten und Arbeitern nicht die notwendige Einheitsfront geschaffen sei.

Klein (Reichsgewerkschaft der Eisenbahner) erklärte, daß die Existenz von Beamten bedroht sei, dann werde der Streik kommen, ob naturgemäß zulässig oder nicht. Der Redner schildert eingehend die wirtschaftliche Not der Beamten der unteren Besoldungsgruppen und vertritt unter lebhaftem Beifall seiner Kollegen die Ansicht, daß

wenn die Zentralaktion der Eisenbahner nicht gekommen wäre, Sonderaktionen, besonders der westlichen Direktionsbezirke, nicht hätten unternommen werden können. Wenn nicht die ganze Beamenschaft die Sache der Eisenbahner für die ihrige erklärt hätte, dann sei der große Mangel an Solidaritätsgesühl daran schuld. (Lebhafter Beifall.) Der Reichsgewerkschaft habe man vorgeworfen, daß sie mit linksgerichteten Gewerkschaften liebäugle. Die Herstellung einer geschlossenen Arbeiterfront sei ein dringendes Bedürfnis, denn allein könnten sich die Beamten im Wirtschaftskampf nicht behaupten.

Dr. Waldmann vom Bayerischen Beamtenbund unterbreitete die programmatischen Erklärungen des Bundesvorsitzenden, denn diese würden den Streik um des Lohnes willen ablehnen. Die Existenz des Berufsbeamtenwesens sei identisch mit der Existenz des Staates.

Ruhn-Weimar und Ehrmann vom Reichsbund der Kommunalbeamten zeigten sich hinter die Erklärungen Klügels und bekundeten sich zur Politik der Mitte. Letzterer erklärte, daß der Streik der Reichsgewerkschaft eine Insolidarität den anderen Beamten gegenüber gewesen sei.

Barthein von der Reichsgewerkschaft trat besonders diesen Ausführungen entgegen, und stellt ebenfalls fest, daß der Streik nicht hätte verhindert werden können. Es gebe ein Ton in der letzten Zeit durch die Behörden, der alle Beamten zur Nachdenklichkeit zwingen müsse. Wenn die Beamenschaft die Nadelstichpolitik der einzelnen Behörden nicht zu verhindern wisse, dann hätten die Beamten ihre Würde verloren. Leng von der Postgewerkschaft stellt die auffallende Tatsache fest, daß in dem gedruckten Geschäftsbericht der Bundesleitung und in der programmatischen Erklärung des Bundesvorsitzenden mit keinem Wort auf den Streik der Eisenbahnbeamten eingegangen worden sei.

Die Debatte über die programmatische Erklärung des Bundesvorstandes wurde bis in die späten Abendstunden fortgesetzt. Von allen Seiten wurde der Vorstand angegriffen; besonders heftig aber von Scharfshwerdt, dem Führer der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten. Der Redner erklärte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Reichsgewerkschaft nicht eher den Saal verlassen würde, als bis volle Klarheit geschaffen worden sei. Es müsse eine Politik der Tat gefordert werden.

Für den Umfang der Krise im Beamtenbund ist bezeichnend, daß nach mehrfachen Abstimmungen bei Scharfshwerdt wurde, außer der Rede des Vorsitzenden Klügel auch die Rede Scharfshwerdts drucken zu lassen.

Zerschlagung der Reichsgewerkschaft

Eine Korrespondenz teilt mit: Infolge der Wiederwahl von Renne und Scharfshwerdt steht eine Anzahl Fachgruppen im Begriff, die Trennung der Reichsgewerkschaft zu vollziehen. Diese Gruppen wollen sich zu einer neuen parteipolitisch neutralen Eisenbahnbeamten-Organisation zusammenschließen.

Eine Richtigstellung

Der Schluß der Internationalen Konferenz.

In den heutigen Ausgaben aller Berliner proletarischen Organe, nämlich der „Freiheit“, des „Vorwärts“ und der „Roten Fahne“, infolge des Schlußes der Konferenzabstimmung in später Nachtstunden wurde neben anderen kleineren Ungenauigkeiten auch ein für die Verhandlungen wesentlicher Punkt unrichtig dargestellt. Es ist nämlich die Erklärung der zweiten Internationalen nicht von Tito Weiss erst nachträglich zu Protokoll gegeben, sondern bereits in der Rede des Berichterstatters Friedrich Adler wörtlich verlesen worden. Die Neuenkommission hatte nämlich beschlossen, durch die historische Feststellung im Bericht die Rolle, die diese Erklärung in der Entwicklung der Verhandlungen gespielt hat, genau zu fixieren.

Sturmjahren in der Prager Kammer

Prag, 6. April.

Das tschechische Parlament war anläßlich der Debatte über die Ausnahmebestimmungen in der Slowakei der Schaulust überaus kurzweiliger Saenen. Den Höhepunkt der erregten Sitzung bildete die Rede des deutschen Abg. Dr. Sogdman, der mit dem Gewaltregime in der tschechoslowakischen Republik gründlich abrechnete. Dr. Sogdman sagte u. a. in seiner Rede:

Sie erheben so oft gegen uns den Vorwurf, wir verhöhnien den tschechischen Staatgedanken. Ich sage Ihnen aber: Niemand hat die tschechischen Farben so besudelt, wie gerade sie, die sie Ihre eigene Fahne täglich durch die Gasse der Reaktion schleifen! Daher die Einheitsfront, die sich innerhalb dieses Staates gegen Sie gebildet hat. Wo der Proletariat an der Seite der Bürgerlichen und der Slowake an der Seite des Deutschen marschierten, um sich gegen den unästlichen tschechischen Imperialismus zu schützen. Der Redner schloß seine Ausführungen unter dem körnlichen Beifall der deutschen, ungarischen, slowakischen und kommunistischen Abgeordneten mit dem Ruf: „Nieder mit der Tyrannei, es lebe die Freiheit!“

Als es dann zur Abstimmung über das Ausnahmengesetz kam und das Gesetz in zweiter Lesung von der tschechischen Mehrheit angenommen war, brachen die Deutschen in körnliche Pausen aus, während die slowakischen Abgeordneten in größter Erregung ihr Nationallied anstimmten und sich auch durch das ununterbrochene Glockenzeichen des Kammerpräsidenten nicht stören ließen.

auch bei der Psoriasis (Schuppenflechte). Professor Dr. Binsler ist, nachdem er über 100 Fälle von Psoriasis, frische und veraltete, leichte und schwere, mit Hörsensonne behandelt hat, zu dem Schluß gekommen, daß diese Behandlung zu den erfolgreichsten gehört, die uns gegen Schuppenflechte zur Verfügung stehen! Daß die sogenannten Pidel (Alme) und Miteker (Comedonen) sehr schnell durch Hörsensonne wegzubringen sind, bedarf wohl kaum der näheren Erwähnung. Krätze (scabies) wird durch Hörsensonne nicht beseitigt. Dagegen ist die Hörsensonnebestrahlung noch bei folgenden Erkrankungen angezeigt:

Rote, Schweißflechte, Kleinflechte, Bläschenflechte (Herpes), Blasenabschlag (Pempfigkeit), Hautjucken, sowohl auf dem ganzen Körper als auch an besonderen Stellen, Furunkel, Gutgeschwüre (besonders Weingeschwüre), Lupus, Geschwür etc. Daß bei Haarverlust und Kahlheit die künstliche Hörsensonne das einzig wirksame Heilmittel ist, habe ich schon in einem früheren Artikel gezeigt. Man darf nun doch nicht annehmen, daß die

Behandlung der Hautkrankheiten so einfach sei. Im Gegenteil: es gehört ein ganz besonderes Maß von Erfahrung und Übung dazu. Sehr oft kommen zu mir Patienten, die anderwärts monatelang erfolglos behandelt wurden. Wenn ich mir dann erzählen lasse, was man mit ihnen gemacht hat, so ist es mir gar nicht verwunderlich, daß sie keinen Erfolg hatten. Jene oder wundern sich, wie schnell im Hörsensonnenbad „Artis“ nach wenigen Bestrahlungen die Hautkrankheiten verschwinden. Sehr oft sind auch innere Krankheiten (Stoffwechselstörungen usw.) die Ursache der Hautkrankheiten, die natürlich auch (evtl. durch Ganzbestrahlungen) beseitigt werden müssen, um Dauerheilungen zu erzielen. Wer sich näher über die Wirkungen der Bestrahlungen unterrichten will, lasse sich meine Traktate (Nr. 6) kommen (gegen Einsendung von 1 M. in Briefmarken und Rückporto). Ich arbeite auch in der Zeit von 10 bis 1 und 4 bis 7 1/2 Uhr im künstlichen Hörsensonnenbad „Artis“, das sich nur Belle-Alliance-Platz 6 befindet. Loosenlo Auskunft.



kaufen Sie zum Osterfest am besten
Heute bei

Ed. Goldacker

Centrale: Brunnenstr. 129-30.

26 Filialen

Theater u. Vergnügungen

Boffsbühne
7 Uhr:
König Lear

Neues Volkstheater
Spandauer Straße 68
7 1/2 Uhr:
Heuchler

Staats-Theater
Opernhaus
Der Schatzgräber
6 1/2 Uhr.

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Cyrano von Bergerac
Kammerspiele
zum 1. Male
Der Meister

Großes Schauspielhaus
8 Uhr:
Dantons Tod

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
8:30 Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeist. Kreisler

Komödienhaus:
Tel. 7,30, „Gretchen“
Erika Glässner
R. A. Roberts

Berliner Theater
7 1/2 Uhr:
Einer von unsere Leut'
Cleving, Sabo
Haskel, Klejer

ROTTER - BÖHNEN
Täglich 7 1/2 Uhr:
Tranon Theater
DER VULKAN
Kleines Theater
Das kleine
Schokoladenmädchen
Residenz-Theater
Wie Frau ohne Red. stand

Theater am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr:
Die Ehe im Kreise

Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Nur noch bis 13. April
Familie Gänselein

Komische Oper
7 1/2 abendlich 7 1/2
Die große Assen'lung-
Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Theater des Orions
(Neo-Theater)
7 1/2 Uhr:
Betro auf Probe

Wallner-Theater
7. April
Geschlossen

Apollotheater
Friedrichstr. 218
8 Uhr:
„Venus auf Erden“
Verher: Große Varietè-Attraktionen.

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Don Cesar

CIRCUS BUSCH
Tel. 7 1/2, Saal, auch 5 U.
Die ungarische
Pythia.
Das Ritual
in der Luft
Manöver-hausstück
Stirlechner,
der Seeräuber,
Vorverk. Wertheim.
Circuskassen

Metropol-Varieté
Behrenstraße 34
„Der tote Punkt“
Darré, Terzette
von Pilanzer & Ziegler
Eise Müller
Dager, Riedel, Pauly
5 Jucetros
Slier, Alvari, Libal
Reeves - Reeves
2 Boralla, Pillmay,
Jupin-Daris
Lotte Werkmeister

Theat. u. Kottb. Tor
Tel. 10077
7 1/2 Uhr:
Stn. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
10 Personen
Wih: Romit!
Stn. halb. Preije
Tel. 11-14, 24-4

Die anerkannt vor-
zügliche Küche und
gut gepflegte Biere

findet
man im

GEWERKSCHAFTSHAUS
50 16, Engelauer 25 / Fernspr.: Moritzpl. 86 41

Billigste Preise
Musik u. Gesang

Tüchtige Absteckerin
für
Damen- und Kinderkonfektion
gesucht. Muß bereits ähnlichen
Posten bekleidet haben

Meldungen
v. 11-12 vorm. u. 5-7 nachm.

**Kaufhaus
des Westens**
Berlin W 50
Fauentsienstr.

Anzüge, Covertcoats, Schlüpfer
aus **erstklassigen Maßstoffen** in **prima** Verarbeitung.
Katzenjacken, Kreuzfische, Sportpelze, G-hpelze, Silberfische
Alaska-, Zobelfische, Wölfe, Onosumkragen
sellen schöne Exemplare. Verkauf zu **enorm billigen** Preisen.
Keine Lombardware!

Leihhaus Friedrichstrasse 2 (Hall. Tor)

Ata
Henkel's
Scheuerpulver
putzt
reingt
Alles!

Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Öfen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf

Teilzahlung!
Garderobe
für Damen, Herren
und Bürschen
sehr preiswer
infolge groß. alter
Lagerbestände
hat bequemem
Rat'nzahlungen

T. Tyra & Co.
Tierstr. Neustadtstr. 20

Seidstübl er
Kuvort- od'r
Beu'lm-schlennbau'
wird bei heb. Weg sel. el.
Klinger & Co.
Mitschelschtr. 15.

II. Beiricht
Todesanzeige
Den Bewisen zur
Nachricht, daß unser
Gesehe,
Albert Wendt,
Thorner Straße 1
am 3. April 1922,
verstorben ist.
Ehre sei em
„Andenken“
Die Einäscherung find
bei am 8. April 1922,
nachm. 6 Uhr, von
der „Grosz“ Halle“
des Anen vortiume
Gesellschaft, aus fah.
Um diese Teilnahme
bit!
Der Vortian!

Für 50 Mark
wöchentl. erhalten
Sie bei 1/2 Anzahlung
ein- jeder
zelm. Art
sowie Ausstattungs-
stücke von Gar-
dinen, Bettdecken
Bettwäsche für
wöchentl.
20 Mark
Zorndorfer Str. 51
Barthei

Altmetalle, Kupfer
Messing, Blei, Zink usw. kauft
Metall-Verwertung
Bändler Extrapreise.

Gold-Silber-Platin-
Ringe, Ketten, Löffel, Brosch. usw.
Zahngelbisse
kaufen zu hohen Preisen
Gebüder Fuhrmann
Nollendorferstr. 39
1 Minute vom Nollendorferplatz

Metall-ankant
Königstor
Neue Königstraße 87
zahlt Tagesreise für
Messing Kupfer,
Blei, Zink etc.

Metall
Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.

Musiker
für alle Gelegenheiten
Höllte in Osterberg allung
des Deutschen Musiker-
Verbandes, Kaiser-Wil-
helm-Str. 11. No. 2, 958.

Die Internationale Arbeiterbewegung

Organ der Roten Gewerkschafts-Internationale **Nr. 7** Herausgegeben von Vollzugs - Büro

Aus dem Inhalt:

Der Hunger in Rußland und die Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsbewegung - A. Losowski: Zwei internationale - G. Ziperowitsch: Die neue Wirtschaftspolitik in Sowjetrußland und die Aufgaben der Gewerkschaften - Tom Mann: Die Wirtschaftslage Englands - Fritz Heckert: Auf dem Wege zur Roten Gewerkschafts-Internationale. Aufsätze über die Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Spanien, Portugal, Deutschland, Tschechoslowakei, Polen, Norwegen, Japan u.a.m.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt von der Auslieferungsstelle für Deutschland:
Phöbus-Verlag
Berlin SW11, Königgrätzer Straße 109

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linie: Str. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Mini Norden 833, 834, 835, 836.

Sonntag, den 9. April 1922,
vormittags 9 1/2 Uhr.

Branchen-Versamm'ung
aller Hobler, Bohrer, Stoßer,
Fräser und weiblichen Berufs-
angehörigen
in den Sophienfälen, Sophienstr. 17-18.

Tagesordnung:

1. Bericht der Branchenleitung.
2. Diskussion.
3. Neuwahl der Branchenleitung.
4. Verschiedenes.

Es ist unbedingt notwendig, daß alle zur Branche gehörenden Kollegen und Kolleginnen erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Sonntag, den 9. April, vorm. 10 Uhr
im Lokal von Schwarz, Reibelstraße 39

Vertrauensmännert Konferenz
der Hausflößer und der Betriebe
für gelochte Bleche.

Tagesordnung:

1. Bericht der Tarifkommission.
2. Stellungnahme dazu.

Die Ortsverwaltung.

Abteilung Jugend.
Sonabend, den 8. April, abends 7 Uhr
im Museum für Meerestunde, Georgen-
straße 34-36

Lichtbilder-Vortrag des Herrn Professors Paschin:
„Die Landkarte und ihre Bedeu-
tung beim Wandern“.

Sonntag, den 9. April
Vormittags-Ausflug nach dem Grunewald
als Ergänzung des Vortrags im Museum
„Praktische Übungen im Kartenlesen“.
Treffpunkt vormittags 9 Uhr am Bahnhof
Grunewald (Nordwest-Ausgang).
Teilnahmekarten für beide Veranstal-
tungen insgesamt zu 2 Mark sind im
Verbandshause und im Museum zu er-
halten.
Die Ortsverwaltung.

„M.U.Z.“-Fahrradbau
F. Makowski & Zerbst
Telef.: Humboldt 1454 Berlin N 58, Danziger Str. 75 A

Erstklassige Fahrräder

sowie Fahrrad-Rahmen eig. Fabrikation
auch an Private zu den billigsten Preisen

Reparaturen jeder Art werden fachmännisch u. prompt ausgeführt

Großes Lager in sämtlichen Fahrrad-Bedarfs-Artikeln

Ersiklassige Herren-Anzüge fertig am Lager:
1575 Mk. 1875 Mk. 1995 Mk. 2150 Mk. 2295 Mk.

SCHULMEISTER
Berlin SO 26 :: Kottbuser Tor

Der Fall Wynedek
Justiz und Dessenlichkeit.

R. Das Reichsgericht hat das Urteil des Rudol-
fäcker Landgerichts aufgehoben. Wynedek und der
Dessenlichkeit ist somit vorläufig zu ihrem gemeinsamen
Rechte verhoffen worden. Doch dieser Mann hat auf einem
so exponierten Posten, seine Persönlichkeit schien so sehr mit
seinem Lebenswerke verwachsen, so viel Hoffnungen und
Augen der jungen und alten Generation waren auf ihn ge-
richtet, daß das letzte Wort nicht der Justiz, sondern der
Dessenlichkeit gehört und gehört muß, die Wynedek liebt
und schätzt. Diese konnte aber nicht entscheiden, da das Gericht
im Geheimen getätigt hat. Die Begründung des Reichsgerichts
müßte veröffentlicht werden. Es ist ein unerträgliches Zu-
stand, daß die Rechten und Interessen des Volkes vor ein
Wehringgericht gestellt und ins Gefängnis gesperrt
werden können, während denjenigen, die es am nächsten an-
geht, nur übrig bleibt, fruchtlose Proteste zu formulieren.
Die nächste Verhandlung wird wenigstens unter Wahrung
der Interessen Wynedeks und seines Jugendwerks vor sich
gehen.

Es soll ihr nicht vorgegriffen werden. Doch zwingt das,
was bereits geschehen, zur Stellungnahme, um nach Mög-
lichkeit neues Unheil zu verhüten. Wynedek kannte seine
Leute. Er war vorfalschlich argua, seine Verteidigungsrede
noch vor dem Gerichtstermin in Druck zu geben. Gustav
Wynedek, Gros-Verlag, Adolf Saal, Raumburg, Elbe.
1921. 72 Seiten.

So ward der Dessenlichkeit das, was die weisen Richter
ihre, der unreifen, vorzuenthalten zu erachten für nötig hielt.
Es wäre naiv gewesen, zu erwarten, daß die in ihrer
Juristerei verkümmerten, in sexueller Heuchelei aufge-
wachsenen Paragrafenmenschen sich auf die hohe Barke der
Liebe zu stellen vermöchten hätten, deren Sinnlichkeit als solche
nicht empfunden wird, doch deren Erziehllichkeit der jungen
Seele durch ihre lebensbelebende Wärme die reichste Ent-
faltung zu geben imstande ist. Niemand man diese Verteidigungs-
schrift, so wundert man sich nicht, daß diese Richter Wynedek
verurteilt haben. Nicht die Hoffnung, freigesprochen zu
werden, war es, die Wynedek damals veranlaßte, aus der
Schweiz zurückzuführen, wie es nicht die Furcht war, die ihn
anfangs davon abgehalten zwang. Er bedurfte wohl der Ruhe,
um sich in dem neuen Schicksalsschlag zurechtzufinden; es
bedurfte der Ueberwindung, um über den Widerwillen, sein
Ankündigen der Dessenlichkeit preisgegeben zu sehen, hinweg-
zukommen.

Das, was sich die Justiz in diesem Falle geleistet hat,
waltet nicht weniger jeder Beschreibung, wie ihre Handlungs-
weise in tausend anderen Fällen. Es wird wieder einmal
die Behauptung derer widerlegt, die da glauben, die
Richter seien nur in politischen Prozessen nicht auf der
Höhe. Was ihnen fehlt, ist in erster Linie das
soziale Verständnis, die Achtung vor der
Persönlichkeit des Angeklagten. Man lese nur,
wie der Staatsanwalt die Untersuchung geführt hat, und
eröfne nicht! Hätte die Achtung vor Wynedeks Werk, vor
seiner Tätigkeit, die Achtung vor der hohen Erziehung und
Anerkennung, die ihm von dem gebildeten Teile des deutschen
Volkes entgegengebracht wird, die Richter nicht veranlassen
müßten, die ethische Bedeutung seiner Handlungsweise genau
abzuwägen? Schon moralisch allein war das Urteil, das auf
ein Jahr Gefängnis erkannte, deshalb nichtig. Die Lehrer-
und Schülerzeit von Widerdort hielt nach wie vor zu
Wynedek; das war öffentlich bekundet worden. Die El-
tere schaffte heute in der Person der Mutter gesprochen, die
da sagte: „Dort, wo Wynedek ist, da geb ich meinen Jungen
hin; geht er ins Justizhaus, so ist für mich dort Widerdort.“
Die proletarische und freibeitliche Jugend lebte sich für ihn
ein. Das geübte und aufstrebende Deutschland mußte aber
sehen, wie wieder einmal ein Vorkämpfer für neue
Kultur zur Strecke gebracht wurde.

So schien damals die Vermutung zu bestehen: der Aus-
schlag der Dessenlichkeit bedeutet die Flucht der Richter
vor ihrem Gewissen. Weil die Verhandlung nichts Entwür-
digendes antage gefördert hätte, mußte durch Ausschluß der
Dessenlichkeit der Anschein sexueller Anrüchlichkeit gemacht

und so das von vornherein beschlossene Urteil gerechtfertigt
werden.

Run wissen wir, daß über Wynedek selbst das letzte Wort
noch nicht gesprochen ist. Sein Werk und seine Ideen, über-
tragen auf die Massen der Jugend, leuchten nach wie vor. Seine
Verteidigungsschrift dient nicht ihm, sondern dem Gros in
seiner ganzen erziehenden Bedeutung für die heranwachsende
Jugend, dem Gros als Schutz gegen Schmutz, Präterie,
Nüchternheit, Pharisäertum und dergleichen mehr. Der so
tatkraftig und zielbewußt handelte, so rein und tief fühlte,
so mutig schreiben konnte, ist von vornherein gerechtfertigt.
Hoffen wir, daß er verständnis, einsichtiger, ebenbürtige und
gerechte Richter findet. Denn auch solche gibt es in Deutsch-
land — wenn auch leider selten.

U. S. P. D.
Massen heraus!
300 Prozent Zuschlag
Wohnungswucher — Mietssteuer und
Reichsmietengesetz
Ueber dieses Thema spricht am
Dienstag, den 11. April, abends 7 Uhr,
in Allems Festalen, Hagenheide
und am
Donnerstag, den 13. April, abends 7 Uhr
in der
Brauerei Friedrichshain (Am Friedrichshain)
Reichstagsabgeordneter Bernhard Ruhn.
Freie Aussprache.
Zur Deckung der Unkosten Eintritt 1 Mark.
Bezirksverband Berlin-Brandenburg
U. S. P. D.

Polizei gegen den Lebensmittelwucher?
Der Preussische Minister des Innern betont in einem
neuen Erlaß die wachsenden Aufgaben der Polizei bei der
Wucherbekämpfung. Wenn auch Umstände der verschieden-
sten Art, insbesondere die unübersichtbaren Schwankungen
der Valuta, einer gesunden stetigen Preisbildung entgegen-
stehen, so daß Preissteigerungen vielfach unvermeidlich sind,
so ergeben doch Feststellungen fast täglich, daß un-
lautere Elemente diese durch die Gesamterhältnisse der letz-
ten Zeit geschaffene Notlage in gewissenloser Weise aus-
beuten, die Versorgung des Volkes mit den lebensnotwendigen
Gegenständen aufs äußerste gefährden und dadurch die
öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung untergraben. Die
ministeriellen Erlasse vom 14. September 1921 und vom
5. Januar 1922 enthalten eingehende Anordnungen über eine
wirksame Bekämpfung jeder wucherischen Machenschaft. Der
Minister weist erneut darauf hin, daß es sich dabei in be-
sonderem Maße um den Schutz der realen Erzeuger- und
Handelskreise handelt, die zur Mithilfe bei der Bekämpfung
des Schieber- und Wuchertums in weitgehendem Umfange
heranzuziehen sind. „Ich hege um so mehr die Erwartung,
daß sie die Polizeibehörden und die anderen berufenen
Organe tatkräftig unterstützen, weil sie selbst das größte
Interesse an der Beseitigung und Bekämpfung der Schädlinge
haben, die das Ansehen der Industrie, des Handels und Ge-
werbes wie der Landwirtschaft zugrunde richten.“ Der

Minister bringt seine sogenannten Erlasse nachdrücklich in
Erinnerung. Er macht es allen Behörden und Dienststellen,
insbesondere den Kreis- und Landespolizeibehörden, zur
Pflicht, sich eingehend und ständig über die vielfach einem
Wechsel unterworfenen Mißstände zu unterrichten, seine An-
ordnungen unbedingt durchzuführen und es nicht etwa bei
vereinzeltem Eingreifen bewenden zu lassen. Alle Polizei-
behörden werden ersucht, ihre besondere Aufmerksamkeit
dieser zur Zeit vielleicht wichtigsten polizeilichen Aufgabe zu-
zuwenden und die nachgeordneten Dienststellen und Beamten
entsprechend anzuweisen. Ueber das Ergebnis der polizei-
lichen Tätigkeit auf dem Gebiete der Wucherbekämpfung ist
dem Minister zu jedem 15. des Monats, erstmalig am
15. des Monats, erstmalig am 15. April, zu berichten. Auch
wird der Minister sich durch unmittelbar von Berlin in die
Provinzen zu entsendende Beamte über die Zustände und
Maßnahmen in den verschiedenen Teilen des Landes unter-
richten lassen, damit eine einheitliche strikte Wucher-
bekämpfung gewährleistet wird und nicht ein Abwandern,
besonders von Lebensmitteln, aus Bezirken mit scharfer
polizeilicher Ueberwachung in solche mit weniger wirksamer
polizeilicher Tätigkeit stattfindet.

Wer treibt die Eierpreise hoch?
Auf diese Frage gibt eine Entscheidung des Bayerischen
Obersten Landesgerichts eine anschauliche Antwort, die
Staatsrat Dr. R. Meyer in der „Deutschen Juristen-Zeitung“
veröffentlicht. Die Arbeitsgemeinschaft für bayerische Eier-
versorgung in München hatte im März 1921 ihren Auf-
käufern vorgeschrieben, den Hühnerhaltern 60 Pf. für das
Ei zu zahlen. Dies wurde unmöglich gemacht, weil der
Händler M. zweimal wöchentlich die Bezirke J., K. und R.
bereite und jedesmal 5-6000 Eier aufkaufte, wobei er die
Aufkäuferpreise zunächst um 20 Pf. überbot. Als die
Arbeitsgemeinschaft auch ihren Aufkäufern einen Erzeuger-
preis von 80 Pf. gestattete, ging M. bis auf 1,20 M. hinauf
und bereitete dadurch den Verkauf durch die Arbeitsgemein-
schaft. Er gewann deren Aufkäufer für seine Zwecke, weil
letzte sie, die Eier vertragswidrig hat an die Sammelstelle
an ihn abzuliefern, gestattete ihnen Einkaufspreise von 90 Pf.
bis zu 1,10 M. und gewährte ihnen eine Vergütung von
10 Pf. für das Ei. Das Landesgericht nahm an, daß M.
vorsätzlich den Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs
durch unlautere Machenschaften gesteigert, sich also gegen § 1
Absatz 1 Nr. 4 (Preisstreikverordnung) verstoßt habe und
verurteilte ihn demgemäß.
Preisstreikerei kann sich auch auf Gegenstände erstrecken,
die nie in die Zwangsverwaltung einbezogen waren. Das
Gericht hat mit Recht angenommen, daß M. durch unlautere
Machenschaften die Preise steigerte.

Die Cöpenicker Bürgermeisterfrage
Am 23. Februar wurde in der Bezirksversammlung des
16. Verwaltungsbezirks infolge eines bedauerlichen Vor-
ganges der Rechtssozialisten der ehemalige Friedenauer
Bürgermeister Walger zum Cöpenicker Bürgermeister ge-
wählt, obwohl im 16. Verwaltungsbezirk eine sozialistische
Mehrheit vorhanden ist. Nun hat aber der Mann bis heute
sein Amt nicht angetreten, er hat im Gegenteil er-
klärt unter dem 3. April, daß er die Wahl nicht an-
nehmen wird. Er zieht zwar zur Begründung seiner Ab-
lehnung die Wohnungsfrage heran. Indessen ist es gar kein
Zweifel, daß dieser rechtsstehende Herr mehr demokratisches
Empfinden an den Tag gelegt hat, als die Rechtssozialisten
selbst; er sieht ein, daß er bei seiner politischen und kommu-
nalpolitischen Auffassung nicht mit einer sozialistischen Mehr-
heit arbeiten kann.
Dieser Umstand hat nun auch der rechtssozialistischen Par-
tei zu denken gegeben. Wir begrüßen es durchaus, daß die
Rechtssozialisten im 16. Verwaltungsbezirk jetzt daran gehen,
ihren Fehler wieder gutzumachen und in Verhandlungen mit
den beiden anderen Arbeiterparteien einzutreten, um die Stelle
des Bürgermeisters entsprechend den Mehrheitsverhältnissen
mit einem Sozialisten zu besetzen.

Unter fremden Menschen
Von Maxim Gorki.

Einzig unvollständige Uebersetzung von August Scholz.
Hundertfünftes Copyright 1915 by Ullstein & Co., Berlin

(42. Fortsetzung.)
Die Großmutter saß am Fenster und spann Garn
für ihre Stiearbeiten. Die Spinne schnurrte in ihren
Händen, und schweigend hörte sie die Reden
des Großvaters an, bis sie plötzlich herausfuhr:
„Schließlich wird doch alles so, wie die Muttergottes
es will.“
„Was schwachst du?“ sagte der Großvater. „Gott
ist's, der alles lenkt. Ich habe Gott nicht vergessen,
kenne ihn sehr wohl! Meinst du vielleicht, alle Gans,
er habe die Menschen auf der Erde ausgesät, damit sie
Dummköpfe werden?“
Das schönste Leben auf Erden führten nach meiner
damaligen Meinung die Kosaken und Soldaten. Ein-
fach und heiter floß ihr Leben dahin. Bei gutem Wet-
ter erschienen sie frühmorgens vor unserem Hause, jen-
seits der Schlucht, die sich in der Nähe hinzog, zer-
streuten sich über das Feld, auf dem sie in ihren weißen
Hemden sich wie riesige Pilze ausnahmen, und be-
gannen ein interessantes, verwideltes Spiel. Plötzlich
und kraftvoll liefen sie mit dem Gewehr im Arm hin
und her, verschwanden in der Schlucht und stürzten
auf ein Trompetensignal wieder vor, stürzten mit
lautem Hurrarufen, unter rollenden Trommelwirbeln,
auf unser Haus zu und machten Miene, es mit den ge-
fällten Bajonetten wie einen Heuhaufen auseinander-
zuwerfen.
Auch ich rief Hurra und lief ganz selbstvergessen mit
ihnen; der aufregende Trommelschlag weckte in mir
den lebhaftesten Wunsch, irgend etwas zu zerstören, einen
Baum umzureißen oder irgendeinen Jungen durchzu-
pöbeln.
Während der Exerzierpausen ließen die Soldaten
mich aus ihren Tabakpfeifen rauchen, zeigten mir ihre
schweren Gewehre, und der eine und andere zeigte mir
das Bajonett auf den Leib und schrie mit wilder
Grinasse:
„Ich steche dich durch und durch!“

Das Bajonett schien zu leben, es bligte mich an
und schlängelte sich wie eine Ratter, die beißen will.
Ein leichter, fast wohliger Angstschauer überlief mich.
Ein Tambur, Nordwine von Abstammung, brachte
mir das Trommeln bei. Er faßte meine Hände und
bog sie an den Handwurzeln hin und her, daß es ganz
gehörig schmerzte. Dann schob er mir die Trommel-
schlägel zwischen die geschmeidig gemachten Finger.
„So — nun klapp' zu! Eins — huet, eins — huet!
Tram-ta-ta-tam! Links — schwach, rechts — stark!
Tram-ta-ta-tam!“ Kommandierte er streng und riß da-
bei seine Vogelaugen weit auf.
Bis zum Schluß des Exerzierens lief ich hinter den
Soldaten her und begleitete sie dann durch die ganze
Stadt bis zur Kaserne. Ich lautete ihnen laut schallenden
Liedern und schaute in ihre gutmütigen Gesichter
— sie sahen alle so blank und so neu aus wie große
Kunstwerkestücke, die eben aus der Mänze kamen. Die
geschlossene Masse dieser ganz gleich aussehenden
Menschen strömte wie eine starke, einheitsliche Kraft
durch die Straßen, erregte sympathische Gefühle im
Herzen und weckte den lebhaftesten Wunsch, in ihr unter-
zutauchen wie in einem Fluß oder Wald. Diese
Menschen kannten keine Furcht, blidten auf alles fest
und kühn, konnten alles überwinden, alles erreichen,
was sie wollten, und waren vor allem, einer wie der
andere, einfach und gut.
Eines Tages jedoch, während der Exerzierpause, gab
mir einer von ihnen, ein junger Unteroffizier, eine
dicke Zigarette.
„Da, Rauch' mal! 's ist eine gute Sorte, und ich gebe
sie dir nur, weil du ein so netter Junge bist.“
Ich steckte die Zigarette in den Mund und zündete
sie an. Er trat einen Schritt zurück, und plötzlich
blendete mich eine grellrote Flamme, versengte mir die
Finger, die Nase, die Brauen. Ein grauer, salziger
Schweiß lief mich nieder und husten. Geblendet und
auf tiefste erschrocken, begann ich vor Angst auf der
Stelle hin und her zu trampeln, während die Soldaten,
die mich in dichtem Kreise umstanden, aus vollem Halse
lachten. Ich lief nach Hause, ihr Lachen und Pfeifen
aber folgte mir; es klang wie der Knall der Peitsche

in der Hand des Hirten. Die versengten Finger
schmerzten mich, im Gesicht verspürte ich ein Jucken und
Reißen, aus den Augen flossen die Tränen, mich aber
peinigete nicht so sehr der Schmerz als vielmehr der
quälende, dumpfe Gedanke: Warum haben sie mir das
angetan? Wie konnten diese Burischen, die so gutmütig
schiene, daran nur Freude haben?
Zu Hause angelangt, froh ich auf den Boden, sah
da lange und dachte über all das Graufige und Häßliche
nach, das mir auf meinem Lebenswege schon begegnet
war. Ich sann und sann und konnte es nicht begreifen.
Der kleine Trainisoldat von dem Dampfer trat mir vor
die Seele, lebhaftig und lebendig sah ich ihn vor mir
und hörte seine Frage:
„Na, hast du's endlich begriffen?“
„Bald sollte ich ein zweites Erlebnis haben, das noch
peinlicher und abschreckender auf mich wirkte.
Ich drückte mich häufig in der Kosakenkaserne
herum, die sich in der Nähe der Peitscherischen Vor-
stadt befand. Die Kosaken schienen mir von den andern
Soldaten verschieden, nicht darum allein, weil sie ge-
schickte Reiter und schmuder gekleidet waren, sondern
weil sie anders sprachen, andre Lieder sangen und vor-
trefflich tanzten. Am Abend, wenn sie ihre Pferde ge-
striegelt hatten, pflegten sie sich neben den Ställen zu
versammeln, und einer von ihnen, ein rothaariger
kleiner Burische, stimmte, die Pocken schüttelnd, mit tre-
mollerender hoher Stimme ein Lied an; ganz
leise, sich reckend und die Glieder spannend, sang er sein
schwerenütziges Lied vom stillen Don und der blauen
Donau. Er schloß dabei die Augen wie jener Vogel im
Märchen, der so leidenschaftlich singt, daß er zuweilen
vom Aste tot zu Boden fällt. Sein Hemdtragen stand
offen, und man sah die Schlüsselbeine, die dem Gebiß
an einem Jaumzeug glühen, wie überhaupt der ganze
Mensch aus Erz gegossen schien. Er wippte auf den
schlanken Beinen, als wenn die Erde unter ihm
schwankte, und hatte die Arme weit ausbreitet; und
wie er so, gleichsam blind und ganz Along geworden,
inmitten der andern stand, war's fast, als sei er nicht
mehr Mensch, sondern eine Hirtenschalmei oder
Posaune.
(Fortsetzung folgt.)

